

Sollten Gewerkschaften direkt Partei ergreifen?



SYBILLE STAMM war bis 2007 Vorsitzende des ver.di-Landesbezirks Baden-Württemberg. Sie ist Mitglied der Linkspartei.

„Ja, natürlich. Und das ist nicht neu. 1953, nach der Verabschiedung des enttäuschenden Betriebsverfassungsgesetzes, rief der DGB auf, „für einen besseren Bundestag“ zu votieren. Allerdings bedeutet Einheitsgewerkschaft implizit parteipolitische Unabhängigkeit, das heißt, Gewerkschaften sollten nicht zur Wahl einer bestimmten Partei aufrufen. Gewerkschaftsinteressen müssen aber im politischen Raum vertreten sein, zum Beispiel wenn es gegen die Rente mit 67 geht. Die Politik der Agenda 2010, insbesondere die Hartz-Gesetze, führen zu einer gefährlichen Spaltung der Gesellschaft. Die Linke ist geboren aus dem Widerstand gegen diese Arbeitsmarktgesetze und die marktradikale Wirtschaftspolitik. Dieser Widerstand steht für die Gewerkschaften auf der Tagesordnung. Bei einer Wahlentscheidung zählt die größte Schnittmenge zwischen unseren Forderungen und denen der einzelnen Parteien. Wen wundert es also, wenn Gewerkschaftsmitglieder – nicht Organisationen – dazu aufrufen, links zu wählen? Die derzeitige Krise ist auch eine politische Systemkrise. Die braucht eine politische Antwort. Deshalb ergreifen Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen Partei.“



Was ist Ihre Meinung? Schicken Sie uns Ihren Leserbrief oder Ihre Themenvorschläge für diese Rubrik an: redaktion@boeckler.de



HARALD SCHARTAU ist Arbeitsdirektor der Georgsmarienhütte Holding GmbH. Von 2001 bis 2005 war er Vorsitzender der SPD NRW.

„Nein, eine Einheitsgewerkschaft muss sich mit Wahlempfehlungen schwer tun. Die Empfehlung, wählen zu gehen, ist davon ausgenommen. Parteipolitische Unabhängigkeit entbindet aber nicht davon, Stellung zu beziehen und zu bewerten, was von der Politik einzelner Parteien oder bestimmter Koalitionen zu erwarten ist. Eine solche Orientierung auf Inhalte, die sich an den Interessen der Beschäftigten ausrichten, gehört einfach dazu. Was wird für die Sicherheit bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze getan? Wie ist das Engagement für Bildungschancen? Welchen Wert hat die soziale Sicherheit? Welche Bedeutung haben Tarifautonomie und Mitbestimmung im Selbstverständnis der Parteien? Was steht im Kleingedruckten zur Chiffre allseits postulierter sozialer Gerechtigkeit? Eine interessenorientierte Analyse ist sinnvoll – sie begleitet aber den gesamten politischen Prozess einer Legislaturperiode, und sie wird vor Wahlen zugespitzt. Die Gewerkschaften haben die Aufgabe, Regierungspolitik unabhängig von der jeweiligen Parteifärbung zu beeinflussen. Auch unter diesem Gesichtspunkt ist die Empfehlung zur Wahl einer Partei kontraproduktiv. Letztlich: Im Wahllokal lässt sich keiner mehr den Stift führen, Bevormundung kann nicht Sache von Gewerkschaften sein. Das Zutrauen in das Urteilsvermögen ihrer Mitglieder hingegen schon.“

Fotos: Joachim E. Röttgers/graffiti (l.), Georgsmarienhütte Holding GmbH